

Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
30. Sitzung

07.06.1988  
sr-sz

Der Vorsitzende weist noch darauf hin, daß die Arbeitsgruppe "Fluggastkontrolldienst" bei ihren bisherigen Beratungen schon festgestellt habe, daß es durchaus andere organisatorische Anbindungen als eine Zuordnung zu Regierungspräsidenten geben könne und daß es darauf ankomme, den Fluggastkontrolldienst möglichst flughafennah durchzuführen.

LMR Dr. Rombach (IM) betont, der Innenminister befinde sich im Hinblick auf den Fluggastkontrolldienst in einer mißlichen Lage. Er sei qua Polizei für diese Aufgabe gar nicht zuständig; vielmehr werde er als verlängerter Arm des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie tätig. Allerdings habe es nie Meinungsverschiedenheiten darüber gegeben, daß der die Luftaufsicht innehabende Regierungspräsident Düsseldorf nicht die Flughäfen hinsichtlich des Personaleinsatzes für den Fluggastkontrolldienst dirigieren könne. Also nehme die Polizei diese Aufgabe wahr, weil sie nun einmal durchgeführt werden müsse.

Besonders der Flughafen Düsseldorf stehe unter einem enormen Druck einerseits des Zuflusses von Fluggästen und andererseits des Abwanderns von Fluggesellschaften. Als die Arbeitsgruppe "Fluggastkontrolldienst" im Frühjahr eingesetzt worden sei, möge es noch sinnvoll gewesen sein, zu erklären, die Arbeitsgruppe werde im Laufe des Jahres zu einem Ergebnis kommen; von daher sei mit Recht ein kw-Vermerk bis zum Ende des Jahres 1988 festgelegt worden. In der derzeitigen Situation halte er ihn allerdings für sinnwidrig. Wenn der kw-Vermerk falle oder zumindest bis Ende 1989 festgelegt werde, könnten die Leute wahrscheinlich kurzfristig für den Sommerreisebetrieb eingestellt werden; falle er nicht, müßten die ausgebildeten Mitarbeiter nach sechs Wochen wieder nach Hause geschickt werden.

Abg. Dorn (F.D.P.) bekennt, er sehe durchaus das Dilemma, in dem sich der Innenminister befinde. Auf der anderen Seite könne man nicht eine Arbeitsgruppe damit beauftragen, eine Arbeit für das Parlament durchzuführen, und dann, bevor die Arbeitsgruppe zu einem Ergebnis gekommen sei, eine Entscheidung fällen, die von ihren Auswirkungen her durchaus unterschiedlich bewertet werden könne.

Er sehe auch die Problematik hinsichtlich des kw-Vermerks. Würde man ihn aber fallenlassen, würden die Kriterien für die Auswahl derjenigen, die eingestellt werden sollten, noch erheblich höher angesetzt werden müssen.

Er habe vor einigen Wochen auf Einladung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages an einer Sitzung teilgenommen, in der die Frage der Sicherheitsproblematik eine Rolle gespielt habe. Bei dieser Gelegenheit habe er erfahren, daß sich der Bundesgrenzschutz mit einer Vielzahl von Einzelposten von dieser Aufgabe befreie und daß man den Fluggastkontrolldienst vielleicht mit

Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
30. Sitzung

07.06.1988  
sr-sz

einer anderen Konstruktion als bisher von im Bundesgrenzschutz freiwerdenden Mitarbeitern in kürzester Zeit durchführen lassen könne; in dieser Frage seien sich der Bundesinnenminister und der Bundesfinanzminister schon einig. Dies wären Mitarbeiter, die für diesen Zweck eine außerordentlich gute Ausbildung hätten und zu denen man auch Vertrauen haben könnte. Bisher gälten die bundesdeutschen Flughäfen im Hinblick auf die Fluggastkontrollen mit als die sichersten der Welt. Wenn man das System aber in der Weise änderte, daß man ad hoc 115 Mitarbeiter einstelle, sei er sich nicht sicher, ob es gelinge, diesen Ruf auf Dauer zu bewahren. Bei solchen Neueinstellungen könnten sich nämlich geplante Unterwanderungen ergeben, die man dann überhaupt nicht mehr in den Griff bekommen könnte.

Abg. Walsken (SPD) meint, spätestens in dem Moment, in dem sich wirtschaftliche Nachteile für den Flughafen Düsseldorf ergäben, weil Fluggesellschaften abwanderten, da die Fluggastkontrollen wegen steigender Passagierzahlen nicht mehr reibungslos verliefen, müsse der Haushaltsgesetzgeber tätig werden. Auf der anderen Seite erkenne er auch die Bedenken an, die hinsichtlich des kw-Vermerks geltend gemacht worden seien.

LMR Dr. Rombach (IM) macht darauf aufmerksam, daß die kw-Vermerke auf eine Entscheidung des Finanzministers mit Blick auf die Arbeitsgruppe "Fluggastkontrolldienst" zurückgingen, um eben auf deren Ergebnisse Rücksicht zu nehmen.

Abg. Walsken (SPD) entgegnet, er hielte es für sinnvoll, wenn der Arbeitsgruppe eine Vorlage präsentiert würde, die auch unter den Ressorts auf Einvernehmen treffe. Im jetzigen Diskussionsstadium tendiere er eher dazu, heute eine Entscheidung zurückzustellen, bis die Arbeitsgruppe "Fluggastkontrolldienst" zu Ergebnissen gekommen sei.

Ministerialdirigent Tümpel (Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie) berichtet, für den Fluggastkontrolldienst gebe es unterschiedliche Organisationsformen. In Nordrhein-Westfalen werde der Dienst in Daueramtshilfe durch die Polizei wahrgenommen, weil man davon ausgehe, daß es sich um eine polizeiliche Aufgabe handele. Ganz unbefriedigend sei die Situation, daß der Innenminister in seinem Planungsprozeß von Entscheidungen abhängig sei, die er selbst und die auch der Wirtschaftsminister nicht beeinflussen könne und letztlich auch nicht wolle; denn man sei dankbar, wenn Nordrhein-Westfalen als Wirtschaftsraum stark angenommen werde, was auch in vermehrtem Flugverkehr zum Ausdruck komme.

Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
30. Sitzung

07.06.1988  
sr-sz

Das Fluggastaufkommen habe sich seit 1987 um 15 Prozent, die Zahl der Bewegungen um 13 Prozent erhöht. Es komme hinzu, daß der Bundesinnenminister vorschreibe, den Fluggastkontrolldienst personell zu verstärken. Bisher seien in Düsseldorf die Maßnahmen mit drei Kräften durchgeführt worden; die bindende Vorgabe des Bundesinnenministers dagegen hebe nun auf vier Kräfte ab. Im übrigen erhöhe sich die Zahl der Bewegungen - und das sei in diesem Zusammenhang das entscheidende Kriterium - dramatisch durch den Interregionalverkehr und die Verwendung von Flugzeugen kleinerer Kapazität.

LMR Dr. Rombach (IM) bringt zum Ausdruck, auch er sei froh darüber, daß die Fluggastkontrolle in der Bundesrepublik Deutschland einen so guten Ruf habe, wolle aber auch hinzufügen, man habe in Düsseldorf bisher außerordentliches Glück gehabt, daß nichts passiert sei.

Zu den beiden Gesichtspunkten "Arbeitsgruppe Fluggastkontrolldienst" und "Bundesgrenzschutz" bitte er folgendes in die Erwägungen einzubeziehen. Dem Innenminister passe das derzeitige Modell überhaupt nicht. Er halte es rechtlich für keine ganz saubere Lösung. Wenn es ein anderes Modell gäbe, käme dies den Intentionen des Innenministers sehr entgegen. Das aber hülfe über die Probleme der Jahre 1988/89 nicht hinweg. Nach allem, was ihm bekannt sei, rechne er nicht damit, daß es vor Ende 1988 zu einem anderen Konzept komme, dessen Realisierung sich mit Sicherheit bis Ende des Jahres 1989 hinziehen werde. Man sähe gern gut ausgebildete Mitarbeiter des Bundesgrenzschutzes im Fluggastkontrolldienst. Diese aber seien noch nicht vorhanden und nach seiner Einschätzung bei einer Vergütung von BAT VII/VIII wohl auch nicht zu haben. Wahrscheinlich würden sie beamtet werden wollen, und dann befinde man sich wieder voll in der Modelllösung; denn eine Flughafengesellschaft könne keine Beamten beschäftigen.

Bis es zu anderen Lösungen gekommen sei, habe der Innenminister dafür Sorge zu tragen, daß die Sache laufe. Und deshalb sei ein kw-Vermerk 1988 nicht zu akzeptieren, während man mit einem kw-Vermerk 1989 arbeiten könnte.

MD Tümpel (MWMT) bittet den enormen Zuwachs des Passagieraufkommens und der Zahl der Bewegungen zu berücksichtigen. Sähe man von der neuen Anweisung des Bundesinnenministers ab, müßte schon aufgrund der vorerwähnten Tatsache die Zahl der den Fluggastkontrolldienst durchführenden Kräfte erhöht werden. Die derzeit nicht ausreichende Zahl sei mit ein Punkt, der zu der Verspätungssituation auf dem Düsseldorfer Flughafen geführt habe.

Abg. Dorn (F.D.P.) wirft ein, bis 115 Kräfte eingestellt und ausgebildet seien, sei die Reisezeit vorbei. - MD Tümpel (MWMT) hält dem entgegen, der Monat mit dem stärksten Urlaubsreiseverkehr sei auf dem Düsseldorfer Flughafen der September.